

Die Soziale Marktwirtschaft ist das Fundament für ein zukunftsfähiges Europa

Bei der Einführung des Euro ist es nicht gelungen, die gemeinsame Währung in eine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik einzubetten. Den Finanzmärkten hat die Europäische Union durch ständige Deregulierungen den Euro in die Hand gegeben.

In Europa muss das Primat der Politik wiederhergestellt werden. Kein Land in Europa darf den Finanzmärkten ausgeliefert werden. Die Finanzmärkte müssen gebändigt und eine europäische Wirtschafts- und Sozialregierung aufgebaut werden.

Die Politik der Europäischen Union darf sich nicht an den Märkten, sondern muss sich an Werten orientieren. Die Würde des Menschen, das Prinzip der Solidarität und die Subsidiarität sind die Bausteine für eine politische Union. Europa wird nur als Wertegemeinschaft die Krise bewältigen können.

Die Soziale Marktwirtschaft ist das Fundament für ein zukunftsfähiges Europa.

Inhaltsübersicht:

1. Von der Finanzmarktkrise zur Euro-Krise
2. Die globalen Finanzmärkte
3. Die Regulierung der Finanzmärkte
4. Deutschland in der Schuldenkrise
5. Eurorettung
6. Solidargemeinschaft Europa
7. Solidarität mit Griechenland
8. Eine Europäische Wirtschafts- und Sozialregierung
9. Keine Eurobonds
10. Die Finanzkrise und die Finanzierung der Sozialversicherungen

1. Von der Finanzmarktkrise zur Euro-Krise

In der öffentlichen Diskussion entsteht häufig der Eindruck, dass die aktuelle Eurokrise lediglich eine Schuldenkrise der europäischen Staaten ist, die nichts mit der Finanzkrise der Jahre 2007 bis 2009 zu tun hat. Das Gegenteil ist der Fall.

Die Banken in Europa und den USA haben mit wenigen Ausnahmen noch immer Probleme. Sie haben **Altlasten** in Gestalt von Schrottpapieren (= wertlosen Papieren) oder von Prozessen, die im Zusammenhang mit den faulen Immobilienkrediten aus den Vereinigten Staaten stehen. Der Politik ist es noch immer nicht gelungen die Finanzmärkte zu regulieren.

Inzwischen haben die Finanzmärkte weltweit wieder die gleichen Umsätze wie vor der Krise.

2. Die globalen Finanzmärkte

Weltweit wurden 2010 insgesamt 65 000 Milliarden Dollar an Aktien und Anleihen gehandelt. Dabei beträgt die weltweite Wirtschaftsleistung nur 62 000 Milliarden Dollar.

So genannte Derivate, mit denen Wetten auf Aktien und Anleihen abgeschlossen werden können, betragen 601 000 Milliarden Dollar. Sie werden weitgehend außerhalb der Börsen gehandelt. Die weltweiten Devisenumsätze betragen 950 000 Milliarden Dollar.

Der Handel in dieser Größenordnung ist nur mit **Hochleistungscomputern** möglich, die in Bruchteilen von Sekunden kaufen und verkaufen. Die Entscheidungen treffen immer häufiger Computerprogramme. Dabei geht es meistens um Gewinne von deutlich weniger als einem Prozent, die nur wegen den hohen Umsätzen profitabel sind. Wenn diese Programme Verkaufssignale erhalten, können die Finanzmärkte in Minuten abstürzen und Milliardenwerte vernichtet werden.

Die Kombination aus gigantischen Umsätzen und den rasend schnell handelnden Computerprogrammen erhöhen die Gewinne und die Risiken an den Finanzmärkten. Banken und Hedgefonds können diese Risiken nur eingehen, weil sie -bis auf die US Bank Lehman Brothers- immer von der Allgemeinheit gerettet wurden.

Die Insolvenz von Lehmann führte zur letzten Krise mit **4,7 Prozent Rezession in Deutschland.**

Ein weiterer Brandbeschleuniger sind Kreditausfallversicherungen, die auf den Finanzmärkten gehandelt werden und mit denen auf die Insolvenz von Staaten gewettet werden kann. Diese Geschäfte entziehen sich bisher jeder Kontrolle und erschweren die Einschätzung der Risiken einer Staatsinsolvenz.

Europa muss von den Finanzmärkten unabhängiger werden. Deshalb müssen die Finanzprodukte kontrolliert, eingeschränkt und besteuert werden. Schon eine

Finanztransaktionssteuer von 0,1 Prozent auf die Umsätze im elektronischen Handel könnte die Umsätze an den Finanzmärkten in Europa reduzieren. **In einem ersten Schritt muss die Finanztransaktionssteuer in der Eurozone eingeführt werden.**

3. Die Regulierung der Finanzmärkte

Der europäische Rettungsschirm wird nur dann erfolgreich sein, wenn es der Europäischen Union gelingt, die Finanzmärkte zu bändigen. Deutschland hat nach dem Ausbruch der Finanzkrise in der Europäischen Union zahlreiche Initiativen gestartet um die Finanzmärkte auf Europäischer Ebene zu regulieren. **Deutschland muss sein ganzes politisches und ökonomisches Gewicht in die Waagschale legen, damit diese Regulierungsvorschläge konsequent umgesetzt werden:**

Der Handel mit Finanzprodukten darf in Zukunft nur noch an den Börsen stattfinden. Nur so ist Kontrolle möglich. Diese Regel muss für alle Banken und Finanzdienstleister gelten, die ihren Sitz in der Europäischen Union haben.

Hedgefonds, die sich der Kontrolle entziehen, dürfen keine Geschäfte in der Europäischen Union erlaubt sein. Banken und Finanzdienstleister dürfen keine Geschäfte mit solchen Hedgefonds machen. Die Europäische Union muss sich für die weltweite Ächtung unkontrollierter Hedgefonds einsetzen.

Finanzprodukte, die keinen Bezug zur Realwirtschaft haben, dürfen in der Europäischen Union nicht mehr zugelassen werden. Finanztransaktionen, die Bezug zur Realwirtschaft haben, sind beispielsweise Absicherungen gegen Währungsrisiken oder die Absicherung des Getreidepreises vor der Ernte.

Insbesondere ungedeckte Leerverkäufe und der Handel mit Kreditausfallversicherungen müssen verboten werden.

Die EU muss sich über Europa hinaus für eine globale Finanzordnung einsetzen. Zusammen mit den Kirchen ist sie gefordert sich für ein weltweites Spekulationsverbot bei Lebensmitteln stark zu machen.

4. Deutschland in der Schuldenkrise

Deutschland hat die wirtschaftlichen Folgen der Krise durch Konjunkturprogramme, die Kurzarbeit und die finanzielle Unterstützung eines Teils der Banken in den Griff bekommen. So hat der Bund Wertpapiere der Westdeutschen Landesbank und der Hypo Real Estate in den Bad Banks gebündelt. Der **Bund hat Schrottpapiere dieser Banken in Höhe von 241 Milliarden Euro übernommen und um diesen Betrag seine Verschuldung erhöht.**

Allein die Rettung der Hypo Real Estate erforderte eine weitere Kapitalspritze des Bundes von 10 Milliarden Euro.

Diese Maßnahmen waren notwendig, da Versorgungswerke von Ärzten, Anwälten und Apothekern die Altersvorsorge Ihrer Mitglieder direkt bei dieser Bank oder in Pfandbriefen der Bank angelegt hatten. Auch die Rücklagen der privaten Krankenversicherungen wären bei einem Zusammenbruch der Hypo Real Estate in Gefahr gewesen.

Die Hypo Real Estate (HRE) war die Nummer 1 auf dem europäischen Pfandbriefmarkt. Die meisten Pensionsfonds und Privatversicherungen hätten nach ihren Statuten die Pfandbriefe der HRE sofort verkaufen müssen, wenn die Bank zahlungsunfähig geworden wäre. Dann wäre der Markt für Pfandbriefe zusammengebrochen und die Rücklagen der Versicherungen, Pensionsfonds und Versorgungswerke wären weniger wert gewesen.

Insgesamt hat Deutschland seine Verschuldung von 2008 bis 2010 von 1500 Milliarden auf 2000 Milliarden Euro erhöht. Der Anteil der Schulden am Bruttosozialprodukt stieg von 2008 bis 2010 von 63 Prozent auf 83 Prozent.

Trotzdem sind deutsche Bundesanleihen bei den Anlegern begehrt. Als am 23. September 2011 die Aktienkurse einen neuen Tiefstand erreichten, zahlte der Bund für 10 jährige Bundesanleihen nur 1,7 Prozent Zinsen im Jahr. Bei einer Inflation von 2,7 Prozent entschuldet sich der Bund, wenn er alte Anleihen durch neue ersetzt. Wenn die Wirtschaft in diesem Jahr um 3 Prozent wächst, sinkt der Anteil der Verschuldung an der Wirtschaftsleistung darüber hinaus auf 80 Prozent.

Deutschland kann seine Schulden bewältigen, wenn es wirtschaftlich erfolgreich ist und erneute Bankenrisen durch Regulierung verhindert.

5. Eurorettung

Wenn Deutschland wieder eine nationale Währung hätte, würde diese schon auf Grund der deutschen Exporte von knapp 1000 Milliarden Euro gewaltig an Wert gewinnen. Das wäre gut für Urlaubsreisen und schlecht für die Industrie und die Arbeitsplätze. Die Hälfte der deutschen Industrieproduktion geht ins Ausland. Der Schweizer Franken ist als Fluchtwährung hoch bewertet, die Schweizer Industrie hat Absatzschwierigkeiten.

Die Schweizer Zentralbank hat jetzt gehandelt und den Wechselkurs zum Euro auf 1,20 Franken festgesetzt um Unternehmen und Arbeitsplätze in der Schweiz zu retten.

Die Beteiligung Deutschlands am Europäischen Rettungsschirm ist im Interesse der Arbeitnehmer und der Wirtschaft.

6. Solidargemeinschaft Europa

Die Regierungen der Eurozone haben auf die akute Zuspitzung der Finanzkrise mit der Ausweitung des europäischen Rettungsschirms reagiert.

Die Ausweitung des Europäischen Rettungsschirms wird die anteilige Haftung Deutschlands für den Rettungsschirm auf 253 Milliarden Euro erhöhen. Ab 2013 sind

innerhalb von 5 Jahren insgesamt 22 Milliarden Euro an Einzahlungen in den Rettungsschirm fällig.

Spekulanten haben, wie schon gegen Griechenland, an den Börsen Wetten gegen die Staatsanleihen Spaniens und Italiens abgeschlossen. Beide Länder mussten für ihre Staatsanleihen bis zu 7 Prozent Zinsen zahlen. Solche Zinsen strangulieren die Staatsfinanzen. Ein Staatsbankrott dieser Länder droht.

Wenn ein Staat vor dem Euro in eine solche Situation geraten ist, hat er seine nationale Währung abgewertet, damit die heimische Industrie im Ausland mehr verkaufen konnte. Das war immer zum Schaden deutscher Exporte.

Spanien stand vor der Finanzkrise mit 30 Prozent Anteil der Verschuldung an seiner Wirtschaftsleistung besser als Deutschland dar. Gegenwärtig beträgt der Anteil der Verschuldung als Folge der Finanzkrise 60 Prozent. Obwohl die Schuldenquote Spaniens noch immer unter dem EU Durchschnitt von 85 Prozent liegt, wetten Spekulant

en auf den Bankrott Spaniens.

Italien hatte seit den achtziger Jahren eine Verschuldung von 120 Prozent des Bruttosozialprodukts. Die Schulden Italiens sind in der Krise nicht gestiegen. Italienische Banken haben weniger auf den internationalen Finanzmärkten investiert als in italienische Staatsanleihen. Wenn diese Staatsanleihen durch Spekulationen an Wert verlieren, bekommen die italienischen Banken kein Geld mehr von anderen Banken und geraten in Gefahr. Ihre Aktien stürzen ab. Die Geldversorgung der Wirtschaft könnte versiegen.

Frankreich hat inzwischen seine Spitzenbewertung bei einer Ratingagentur verloren. Damit ist Frankreich, wenn die Spekulation gegen Spanien und Italien nicht gestoppt wird, das nächste Angriffsziel der Spekulant

en. Frankreich ist der wichtigste Handelspartner Deutschlands. Ein Rückzug der Eurozone auf die Staaten mit einem Spitzenbewertung der Ratingagenturen würde bedeuten, dass der Euro für die deutschen Exporte keine große Bedeutung mehr hätte.

Die europäische Zentralbank hat deshalb bis Ende September 2011 Staatsanleihen Griechenlands, Portugals, Irlands, Spaniens und Italiens im Wert von 129 Milliarden Euro angekauft.

Die Kurse der Staatsanleihen stiegen und die Zinsen für neue Staatsanleihen sanken. Diese Interventionen sind aber problematisch, da sich die europäische Zentralbank vor allem um die Preisstabilität kümmern sollte. Deshalb wird der **europäische Rettungsschirm jetzt zu einem europäischen Währungsfonds ausgebaut**, der solche Interventionen gegen Spekulationen übernehmen soll. Die Einnahmen der Finanztransaktionssteuer sollten in den Europäischen Rettungsschirm fließen.

Ein Bankrott Spaniens und Italiens würde über die Eurozone hinaus die gesamte Europäische Union in eine schwere Rezession stürzen. 60 Prozent der deutschen Exporte gehen in die Europäische Union.

7. Solidarität mit Griechenland

Niemand kann die Zahlungsunfähigkeit Griechenland ausschließen. In der Hälfte der 180 Jahre seit Gründung des griechischen Staates war das Land praktisch zahlungsunfähig. Eine europäische Insolvenzordnung, die den Staatsbankrott von Staaten regelt, sollte so schnell wie möglich eingeführt werden. Solange eine solche Insolvenzordnung nicht besteht, sind die Auswirkungen einer Staatsinsolvenz nicht berechenbar. Politisch würde eine so genannte geordnete Insolvenz bedeuten, dass deren Auswirkungen mit Geld aus dem Europäischen Rettungsschirm oder von der Europäischen Zentralbank aufgefangen würden.

Wenn Griechenland aus dem Euro heraus gedrängt wird, wäre das Land sofort zahlungsunfähig, da Zins und Tilgung der Staatsschulden in Euro gezahlt werden müssen. Eine neue griechische Währung wäre nur einen Bruchteil des Euro wert.

Bei einer Aufspaltung der Eurozone in einen Nord- und einen Südeuro würden die Länder mit dem Südeuro keinen Zugang mehr zum Kapitalmarkt bekommen, da diese Währung zu weich wäre. Schon jetzt werden italienische Staatsanleihen nur von italienischen Banken und der Europäischen Zentralbank gekauft. Da immer ein Teil der Staatsschulden zur Tilgung ansteht, wären die betroffenen Länder schnell zahlungsunfähig. Mit einer weichen Währung lassen sich darüber hinaus nur schwer deutsche Maschinen kaufen.

Griechenland ist das schwächste Glied in der europäischen Solidargemeinschaft. Wenn dieses Glied aus der Eurozone herausgebrochen wird, droht eine Kettenreaktion, die auf andere europäische Partnerländer übergreifen kann. Spekulanten werden sofort auf den Staatsbankrott Portugals, Spaniens und Italiens wetten. Spätestens, wenn es um Italien geht, sind die bisherigen Möglichkeiten des Rettungsschirms erschöpft. **Der Kampf um den Euro muss in Griechenland entschieden werden, um das Risiko einer europäischen Finanzkrise zu begrenzen.**

Ein Staatsbankrott Griechenlands würde dem deutschen Steuerzahler Milliarden Euro in zwei bis dreistelliger Höhe kosten. Auch ein zwangsweiser Schuldenschnitt, bei dem die Staatsanleihen beispielsweise die Hälfte ihres Werts verlören, hätte negative Auswirkungen auf die europäischen Banken und vor allem die Europäische Zentralbank.

Schon jetzt findet ein freiwilliger Schuldenschnitt im Rahmen des Rettungspakets für Griechenland dadurch statt, dass die Laufzeiten von griechischen Staatsanleihen verlängert werden. Die Aktien der europäischen Banken, die Staatsanleihen aus den gefährdeten Ländern halten, sind auf Talfahrt.

Wenn europäische Banken weitere Verluste wegen ihrer griechischen Anleihen erleiden, besteht die Gefahr, dass sie von anderen Banken kein Geld mehr erhalten. Daraus kann, wie nach der Lehmann Pleite 2008, eine Kettenreaktion entstehen die Geldversorgung und damit die Wirtschaft zum Stillstand bringt. Dann muss die Europäische Zentralbank die Geldversorgung direkt oder indirekt über den Europäischen Rettungsschirm mit unbegrenzten Krediten für den Schirm sicherstellen.

Die Europäische Zentralbank hat griechische Staatsanleihen angekauft und darüber hinaus als Sicherheiten für Kredite an Banken akzeptiert. Für die Europäische Zentralbank haftet Deutschland mit. Wer die Zahlungsunfähigkeit Griechenlands oder einen zwangsweisen Schuldenschnitt für Optionen hält, muss sorgfältig abwägen, was mehr kostet.

Die Glaubwürdigkeit der europäischen Finanzpolitik setzt die Einhaltung von Zusagen im Rahmen eines Rettungspakets voraus. Das gilt für Irland und Portugal ebenso wie für Griechenland. Griechenland wird seine Verpflichtung gegenüber Europa, das Haushaltsdefizit zu senken, aber nur erfüllen können, wenn die griechische Wirtschaft wächst. Gegenwärtig drohen dem Land wegen der Rezession, die auch eine Folge des europäischen Spardiktats ist, immer neue Haushaltslöcher. **Der einzige Ausweg aus diesem ökonomischen und politischen Teufelskreis sind Investitionen in Griechenland.**

Die Europäische Union muss die für Griechenland in dieser Legislaturperiode des Europäischen Parlaments vorgesehenen Gelder bündeln und für ein Wachstumsprogramm einsetzen. Wachstum ist sowohl in der Tourismusbranche wie im Energiesektor möglich. Sonne und Wind sind vorhanden, es fehlt an der notwendigen Infrastruktur, beispielsweise an Straßen oder Stromleitungen von den Inseln zum Festland und nach Deutschland. Zusätzlich benötigt das Land administrative und technische Hilfe von den europäischen Partnerländern. **Europa muss Griechenland beim Aufbau eines funktionierenden Gemeinwesens helfen.**

8. Eine Europäische Wirtschafts- und Sozialregierung

So wichtig ein Europäischer Währungsfond für die Rettung des Euro ist, darf er doch kein Freibrief für unverantwortliche Politik in einzelnen europäischen Ländern sein. Ein negatives Beispiel ist die italienische Regierung, die ihr Sparprogramm hinsichtlich der Besteuerung der Reichen in Frage stellte, nach dem die Europäische Zentralbank zugunsten der italienischen Staatsanleihen eingriff.

Eine europäische Wirtschaftsregierung, die die Politik der europäischen Partnerländer verbindlich aufeinander abstimmt, ist notwendig um Missbrauch zu verhindern.

Die europäische Wirtschaftsregierung kann nur dann die Finanzen der europäischen Partnerländer nachhaltig stabilisieren, wenn verbindliche Standards und Regeln vereinbart werden. Wenn das Defizit im Staatshaushalt eines europäischen Partnerlandes mehr als 3 Prozent der Wirtschaftsleistung des Landes übersteigt; muss der Haushalt in Zukunft von der europäischen Wirtschaftsregierung genehmigt werden. Länder, die sich an die Bedingungen eines Hilfsprogramms nicht halten; müssen unter Zwangsverwaltung gestellt werden.

Eine politisch unabhängige Haushaltsüberwachungsbehörde in der Europäischen Union kommt für diese weit reichenden Kompetenzen mangels demokratischer Legitimation nicht in Betracht. Das Grundgesetz zieht hier unverrückbare Grenzen.

Wirtschafts- und Sozialpolitik gehören zusammen. Die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft müssen auch in der Europäischen Union gelten. **Nicht nur die Grundlinien der Finanzpolitik, sondern auch die der Sozialpolitik, müssen auf europäischer Ebene nach diesen Grundsätzen festgelegt werden.**

Deshalb muss es eine europäische Wirtschafts- und Sozialregierung geben.

Eine Europäische Wirtschafts- und Sozialregierung muss sich bei der Festlegung von Regeln und Standards an der **Würde der Menschen, am Grundsatz der Solidarität und an der Subsidiarität orientieren**. Die politischen Fragen, die auf nationaler Ebene beantwortet werden können, müssen durch die europäischen Partnerländer beantwortet werden. Fragen, die die Europäer gemeinsam betreffen, müssen durch die Europäische Union gelöst werden.

Die europäische Arbeitswelt gleicht sich immer mehr an. In Europa arbeiten die Menschen in transnationalen Unternehmen und in grenzüberschreitenden Produktionsnetzwerken. Auch Dienstleistungen werden zunehmend grenzüberschreitend angeboten. Das gilt auch für den Mittelstand. Für die Bedingungen, zu denen die Menschen in Europa arbeiten, muss es europaweite Regeln geben.

In der Globalisierung legitimiert sich Europa auch durch den Schutz vor Ausbeutung und das Streben nach sozialer Gerechtigkeit. Europaweit muss in den Unternehmen die Mitbestimmung der Arbeitnehmer möglich sein. Die Leiharbeiter dürfen im Vergleich zur Stammbesetzung nicht benachteiligt werden. In den europäischen Partnerländern müssen verbindliche Lohnuntergrenzen für alle Arbeitnehmer im jeweiligen Land gelten.

Die Systeme der sozialen Sicherung sind in den europäischen Partnerländern unterschiedlich aufgebaut. Teilweise ist die soziale Sicherung steuerfinanziert, teilweise handelt es sich wie in Deutschland um eine Sozialversicherung, die überwiegend von Sozialabgaben finanziert wird. **Unabhängig von den Strukturen wirken sich Haushaltsentscheidungen und damit auch europäische Richtlinien für die Finanzpolitik auf Sozialleistungen aus.** Hier entscheidet sich, ob Europa eine Solidargemeinschaft ist. **Deshalb muss Europa, wenn es um Gesundheit, Rente und Pflege geht, soziale Mindeststandards festsetzen.**

9. Keine Eurobonds

Die Einführung von Eurobonds würde bedeuten, dass die Regierungen der Euroländer Schulden aufnehmen, für die alle Euroländer vollumfänglich haften.

Damit wären die Regierungen der Euroländer für die Folgen ihrer Entscheidungen finanziell nicht mehr voll verantwortlich. Die SPD schlägt vor, die Eurobonds auf 60 Prozent des Bruttosozialprodukts zu begrenzen. Damit würde das Problem der Trennung von Entscheidung und Haftung begrenzt, aber nicht aufgehoben.

Seit Anfang des Jahres hat der Europäische Rettungsschirm Anleihen aufgenommen, für die Deutschland anteilig mit 27 Prozent haftet. Der Europäische Rettungsschirm hat für diese Anleihen 0,8 Prozent mehr Zinsen gezahlt, als Deutschland für seine Bundesanleihen aufbringen muss. Da Deutschland jedes Jahr mindestens Anleihen im Wert von 300 Milliarden aufnimmt um fällige Bundesanleihen zu tilgen, würde die Zinsbelastung um mindestens 2,4 Milliarden jährlich steigen.

Auch die Anleihen des Europäischen Rettungsschirms sind Eurobonds, doch entscheiden über deren Verwendung die europäischen Regierungen gemeinsam und nicht selbständig. Diese Verbindung von Entscheidungen und Haftung passt dann zusammen, wenn die europäischen Parlamente in die Entscheidungen über den Einsatz des Geldes einbezogen werden.

Die von der SPD vorgeschlagenen Eurobonds würden Deutschland teuer kommen und die Verantwortlichkeiten für die Finanzpolitik der europäischen Staaten verwischen.

10. Die Finanzkrise und die Finanzierung der Sozialversicherungen

In der Finanzkrise hat sich gezeigt, dass das Umlageverfahren in der deutschen Sozialversicherung der Kapitaldeckung überlegen ist.

Jedes Finanzprodukt, ob nun Aktien, Anleihen oder Pfandbriefe, kann zum Spielball der internationalen Finanzmärkte werden.

Die Vereinigten Staaten schreiben ihren gesetzlichen Versicherungen vor, ihre Rücklagen nur in amerikanischen Staatsanleihen anzulegen. Dies erhöht den Anteil an einheimischen Gläubigern und damit die Stabilität der Staatsanleihen. Trotz schlechter Bewertungen einer Ratingagentur zahlen die USA für ihre Staatsanleihen nur 2 Prozent Zinsen.

Japan kommt mit 220 Prozent Verschuldensquote über die Runden, da 95 Prozent der japanischen Staatsanleihen von japanischen Versorgungswerken, Banken und Bürgern gehalten werden. **Internationale Spekulanten können nicht gegen Japan wetten, da sie nur auf 5 Prozent der Anleihen Zugriff haben.**

Die Finanzkrisen haben gezeigt, dass das Umlageverfahren der Kapitaldeckung überlegen ist. Kapitaldeckung kann, wenn überhaupt, nur in geringen Umfang das Umlageverfahren ergänzen. Wenn die Sozialversicherung Rücklagen bildet, sollten diese in Bundesanleihen angelegt werden.

Dr. Christian Bäumler

Erläuterungen:

Der Europäische Rettungsschirm:

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) umgangssprachlich auch **Euro-Rettungsschirm** ist eine Regelung mit dem Ziel, die Stabilität der Europäischen Währungsunion als Ganzes abzusichern, indem er im gegenseitigen Einvernehmen und unter definierten Auflagen Mitgliedstaaten der Eurozone finanziell unterstützt. Der Vertrag zur Einrichtung des ESM wurde am 11. Juli 2011 von den 17 Mitgliedstaaten der Eurozone unterzeichnet und soll bis Ende 2012 ratifiziert werden.

Das wesentliche Instrumentarium des ESM sind Notkredite und Bürgschaften (auch als 'Haftungsgarantien' bezeichnet): überschuldete Mitgliedstaaten sollen subventionierte Konditionen (Zinssätze) von wirtschaftlich solideren Staaten erhalten. Weiter sollen Interventionen an den Finanzmärkten durch Kauf und Verkauf von Wertpapieren möglich sein. Im ESM-Vertrag ist zudem festgeschrieben, dass jeder Mitgliedstaat, der Hilfe durch den ESM erhält, ein Sanierungsprogramm umsetzen muss sowie eine tiefgehende Analyse über die Nachhaltigkeit seiner Staatsschuldensituation unternehmen soll. Eine enge parallele technische und finanzielle Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) ist ebenfalls Voraussetzung für ESM-Maßnahmen.

Staatsanleihen:

Staatsanleihen sind kurz-, mittel- oder langfristige Anleihen (Schuldverschreibungen), die von der Öffentlichen Hand und anderen staatlichen Körperschaften ausgegeben werden und für die die Anleger Zinsen erhalten. Wie bei jeder anderen Anleihe auch, besteht bei Staatsanleihen das Risiko, dass Zinsen und/oder Kapital nicht und/oder nicht fristgerecht und/oder nicht in voller Höhe (zurück)gezahlt werden können.

Dieses Risiko wird durch Ratingagenturen geschätzt. Den Staatsanleihen Kanadas, Österreichs, Finnlands, Frankreichs, Deutschlands, der Niederlande, Schwedens und des Vereinigten Königreichs wurde (Stand: August 2011) die höchstmögliche Kreditwürdigkeit zugesprochen. Kommt es zu einem Staatsbankrott, entfallen die Zinszahlungen oder Kapitalrückzahlungen der Staatsanleihen.

In Abhängigkeit von der Kreditwürdigkeit eines Staates und dem Rating muss der betreffende Staat für seine Staatsanleihen einen Risikoaufschlag, also höhere Zinsen, bezahlen.

Ratingagenturen:

Ratingagenturen sind private, gewinnorientierte Unternehmen, die gewerbsmäßig die Kreditwürdigkeit von Unternehmen aller Branchen sowie von Staaten bewerten. Die Agenturen fassen jedes Ratingergebnis in einer Buchstabenkombination zusammen, die in der Regel von AAA bzw. Aaa (beste Qualität) bis D (zahlungsunfähig) reicht.

Hedgefonds:

Hedgefonds sind eine spezielle Art von Investmentfonds, in denen das Geld von Anlegern und Pensionsfonds gesammelt wird und die durch eine spekulative Anlagestrategie gekennzeichnet sind. Hedgefonds bieten die Chance auf sehr hohe Gewinne und tragen entsprechend ein hohes Risiko. Typisch für Hedgefonds ist der Einsatz von Derivaten oder Leerverkäufen. Hiervon rührt auch der irreführende Name, da diese Instrumente außer zur Spekulation auch zur Absicherung (Hedging) von Währungsrisiken verwendet werden können. Außerdem versuchen Hedgefonds über Kredite eine höhere Rendite zu erwirtschaften (Hebeleffekt).

Derivate:

Derivate sind Wertpapiere, deren Preis oder Wert von den künftigen Kursen oder Preisen anderer Güter zum Beispiel von Rohstoffen oder Lebensmitteln oder auch anderer Wertpapiere wie zum Beispiel Aktien und Anleihen abhängt.

Der Begriff lässt sich nicht scharf abgrenzen und wird überwiegend als Sammelbegriff für Finanztermingeschäfte verwendet. Ebenso kann der Wert von der Wahrscheinlichkeit des Eintretens eines Ereignisses, wie zum Beispiel eines Staatsbankrotts oder der Insolvenz eines Unternehmens, abhängen. Es handelt sich hierbei um Verträge, in denen die Vertragsparteien vereinbaren, einen oder mehrere Vertragsgegenstände zu festgelegten Bedingungen in der Zukunft zu kaufen, zu verkaufen oder zu tauschen, beziehungsweise alternativ Wertausgleichszahlungen zu leisten.

Leerverkauf:

Der Leerverkauf ist ein Geschäft, das den Verkauf von Waren, Wertpapieren oder Devisen beinhaltet, über die der Verkäufer zum Verkaufszeitpunkt nicht verfügt. Um seine künftige Lieferverpflichtung erfüllen zu können, muss er sich bis zum Erfüllungszeitpunkt durch den Kauf der Waren oder Finanzinstrumente eindecken. Gewinn macht der Leerverkäufer insbesondere dann, wenn der Preis, beispielsweise einer Aktie, bis zum Erfüllungszeitpunkt sinkt. Da helfen manchmal auch Gerüchte. Leerverkäufe werden als Verkaufssignal an den Börsen wahrgenommen. Eine Abwärtsentwicklung an den Börsen kann mit Leerverkäufen beschleunigt werden.

In Deutschland können Leerverkäufe in inländische Aktien untersagt werden, wenn eine erhebliche Marktstörung droht. Vergleichbare Eingriffsmöglichkeiten gibt es in anderen Ländern.

Schuldenschnitt:

Schuldenschnitt bedeutet, dass die Schulden eines Unternehmens oder eines Staates um einen festen Prozentsatz verringert werden. Eine Anleihe, bei der ein Schuldenschnitt von 50 Prozent vorgenommen wird, ist dann nur noch die Hälfte wert. Der Schuldner muss nur noch die Hälfte zahlen.

Quellen: Wikipedia